

C·A·PANORAMA

des Centrums für angewandte Politikforschung (C·A·P)

Bertelsmann Forschungsgruppe Politik
 Forschungsgruppe Deutschland
 Forschungsgruppe Europa
 Forschungsgruppe Jugend und Europa
 Forschungsgruppe Zukunftsfragen
 Akademie Führung & Kompetenz

Die Europäische Union muss entschlossener handeln

Strategiegruppe Europa: Spitzenkräfte diskutieren in Berlin

Wie soll die künftige strategische Ausrichtung der Europäischen Union aussehen? Dieser spannenden Frage gingen auf Einladung der Bertelsmann Stiftung 50 europäische Spitzenvertreter aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Medien in Berlin nach. Diese „Strategiegruppe Europa“



Die Werte und Institutionen, die Wirtschafts- sowie die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union waren die Kernthemen der Diskussionsrunden: (v.l.) der stellv. C·A·P-Direktor Josef Janning, der ehem. EU-Kommissar Michel Barnier, C·A·P-Direktor Werner Weidenfeld und der frühere deutsche Außenminister Joschka Fischer.

unter der Leitung von C·A·P-Direktor Prof. Dr. Werner Weidenfeld diskutierte intensiv die aktuellen Probleme und Herausforderungen der EU. Gerade während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft werden Antworten auf die Verfassungsproblematik und die unterschiedlichen Perspektiven über die Fortentwicklung des Integrationsprozesses dringend gesucht.

Zu den Teilnehmern aus 22 Ländern gehörten der frühere deutsche Außenminister Joschka Fischer, die EU-Kommissare Meglena Kuneva und Olli Rehn, der ehemalige polnische Staatspräsident Aleksander Kwasniewski, die früheren Mitglieder der EU-Kommission Michel Barnier und Antonio Vitorino, der stellvertretende tschechische Ministerpräsident Alexandr Vondra, der österreichische Bundeskanzler a.D. Wolfgang Schüssel sowie der ehemalige slowakische Finanzminister Ivan Miklos.

Nach der Einführung durch Werner Weidenfeld gingen vor allem Olli Rehn, Wolfgang Schüssel, Meglena Kuneva und der Staatssekretär im Innenministerium, Peter Altmaier, der Frage nach, ob die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union mehr und mehr erodiert. In den folgenden Diskussionsrunden analysierten die Teilnehmer die unterschiedlichsten aktuellen Herausforderungen an die EU. Die Wirtschaftspolitik war dabei ebenso ein Thema wie die Werte und Institutionen oder die

Fortsetzung auf Seite 3

I N H A L T

C·A·Prolog

Europa wach geküsst:
 Die EU im Fokus einer
 intensiven Projektphase 2

C·A·Personalia

Gäste und Gespräche
 am C·A·P 4/5

C·A·Programm

Analyse: Die deutsche EU-
 Ratspräsidentschaft 6
 Chindia-Connection 7
 Nahostprojekt 7
 Deutschland-Dialog 8
 Deutsch-Spanisches
 Forum 9
 Aktiv in der Bildungs-
 arbeit 10
 Jugendparlament zur EU-
 Erweiterung 11
 Captive States 12
 2. Internationales
 Telemedizin-Forum 13

C·A·Publikationen

Neuerscheinungen 14/15

C·A·Postskriptum

LiMa-Benchmark:
 Europas Wirtschaftskraft
 messen 16

C·A·Planung 16

Europa wach geküsst

Es scheint so, dass es Bundeskanzlerin Angela Merkel gelungen ist, durch ihre europapolitischen Initiativen die EU wenigstens aus ihrem Dornröschenschlaf wach zu küssen. Doch auch wenn sie hier mit Vorschlägen eines Grundlagenvertrages, mit der Berliner Erklärung oder Initiativen zur Energie- und Klimapolitik durchaus zu punkten wusste – eine durchdringende strategische Positionierung ist damit allein nicht in Sicht. Nach wie vor tun weitere ausgreifende Integrationssschritte not.

Bilanziert man mit dem ungarischen Ökonomen András Inotai und anderen Denkern strategisch die Lage in Europa, so fallen – auch im Vergleich mit anderen Wirtschaftsräumen der Welt – Schwächen und Stärken des integrierten Europas auf. Die EU ist der größte Handelsraum der Welt. Sie besitzt mit dem Euro eine starke Binnenwährung, die, gemessen am Banknotenumlauf, den US-Dollar weltweit überholt. Mit stabilen integrationspolitischen Institutionen und einem klaren juristischen Rahmen bietet sie einen berechenbaren Resonanzboden für politisches und wirtschaftliches Handeln an. Und weitete man den Blick auf das sicherheitspolitische Potenzial, so sind die verfügbaren Kapazitäten eindrucksvoll, auch wenn sie politisch und operativ nicht integriert sind.

Doch auch Schwächen werden deutlich. Das institutionelle Gefüge wird durch die Erweiterung nicht länger adäquat funktionieren. Die demographische Entwicklung bereitet Sorgen und auch wenn sich die Zahlen erhellen, so bleiben Arbeitslosigkeit und Beschäftigungsquote ein Problem. Doch was am Ende vielleicht stärker zählt, ist eine „europäische Bewusstseinsmüdigkeit“, wie es Inotai auf einer Veranstaltung des C·A·P zu Protokoll gab. Hinzu kommen regional- und weltpolitische Handlungsschwächen. Mit Blick auf den Nahen und Mittleren Osten fällt auf, dass in der Nachbarschaft der Union bedenkliche Gemengelage entstanden sind. Dafür hat die EU keine wirklich guten Rezepte parat.

Der Druck zur institutionellen und globalen Anpassung hält somit an. Dies ist der politischen Szenerie in ganz Europa bewusst. So wundert es, dass trotzdem nationales Denken vielerorts weiterhin oder gar zunehmend Vorfahrt erhält. Eine Irrationalitätsfalle tut sich da für die Politiker auf, die europäisch agieren wollen, sich aber an Vorbehalten ihres Wahlvolkes orientieren müssen. Dagegen kommt nur die Trias von strategischer Logik, dem Aufzeigen von Vorteilen bzw. Notwendigkeiten europäischer Kooperation und simpler Aufklärung an. In diesem Sinne des Bohrens dicker Bretter führt die Bertelsmann Forschungsgruppe Politik ihre

Beratung in der Europapolitik fort. Hier zeichnet sich in der Kooperation mit der Bertelsmann Stiftung eine weitere kräftige Projektphase ab, welche die veränderten Umstände der Integration intensiv thematisiert. Einen Bericht über die Vorstellungen der „Strategiegruppe Europa“ finden Sie in diesem Heft. Aber auch andere Teile des Hauses sind hier aktiv. So legt die Forschungsgruppe Europa mit weiteren Bänden der von Werner Weidenfeld herausgegebenen Reihe „Münchner Beiträge zur europäischen Einigung“ aufschlussreiche Einzelanalysen zur Integration vor. Die Forschungsgruppe Jugend und Europa setzt ihre langjährige Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend nun vertraglich weiter fort, in der es darum geht, jungen Menschen mit innovativen Methoden ein umfassendes Bild des integrierten Europas zu vermitteln. Zu all dem, aber auch zu vielem, was sonst in den anderen Gruppen in Arbeit ist, finden Sie Erfahrenswertes in diesem Panorama.



Jürgen Turek
Geschäftsführer des C·A·P

„Der Druck zur institutionellen und globalen Anpassung der EU hält weiter an.“

Jürgen Turek

Fortsetzung von Seite 1



Außenpolitik der EU. Insbesondere die Krisenländer Iran, Afghanistan und Darfur wurden dabei thematisiert. Das Memorandum zu dieser Strategieguppe hält fest, dass die EU als globale Friedens- und Gestaltungsmacht gefragt ist. Dazu ist es notwendig, eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu etablieren, etwa durch integrierte Streitkräfte, einen EU-Außenminister und einen Auswärtigen Dienst. Auch eine gemeinsame Asyl- und Migrationspolitik sowie die Bekämpfung illegaler Einwanderung spielt in diesem Kontext eine wichtige Rolle.

Weiter waren sich die Tagungsteilnehmer einig, dass die Ungewissheit über den Verfassungsvertrag die EU schwächt. Ein Fahrplan zur Reformierung der Institutionen und Ausrichtung der EU wird dadurch dringender denn je. In der Wirtschaftspolitik bleibt weiter ein zentraler Punkt, die Leistungsfähigkeit des gemeinsamen Marktes zu erhalten. Trotzdem muss die EU ihr soziales Antlitz wahren. Viele Menschen zweifeln, ob in Zeiten der Globalisierung Europa als Schild und Schirm für seine Bürger funktioniert. Als Fazit der Strategieguppe Europa bleibt der Appell, die Probleme und Herausforderungen schnell und entschlossen anzupacken. Nur so könne Europa sich in der globalisierten Welt selbstbewusst behaupten.

Weitere Informationen über die Strategieguppe Europa gibt es im Internet unter www.cap-lmu.de/aktuell/events/2007/strategieguppe.php.

Über 50 europäische Spitzenvertreter kamen der Einladung der Bertelsmann Stiftung nach und diskutierten intensiv die strategischen Herausforderungen an die EU.



Hochrangig besetztes Podium: Josef Janning, EU-Kommissarin Meglena Kuneva, Österreichs Bundeskanzler a.D. Wolfgang Schüssel, Werner Weidenfeld und EU-Kommissar Olli Rehn.



Der ehemalige polnische Staatspräsident Aleksander Kwasniewski (r. neben Werner Weidenfeld) erläuterte bei der Dinner Debate die Chancen und Risiken für die Beziehungen der EU zu Russland.

Gäste und Gespräche am C•A•P



„Vision und Wirklichkeit - die Zukunft Europas“ ist der Titel der Vortragsreihe, die das C•A•P gemeinsam mit der Vertretung der Europäischen Kommission in München und der Offenen Akademie der Münchner Volkshochschule veranstaltet. Beim Auftaktvortrag ging Botschafter a.D. Hans Arnold auf die Entwicklungslinien der EU ein. Im Bild v. l.: Dr. Manuela Glaab (C•A•P), Hans Arnold, Stefanie Hajak (VHS) und Dr. Henning Arp (Leiter der Kommissionsvertretung).



Die zehnte Auflage des Standardwerkes „Europa von A bis Z“ konnten Prof. Dr. Wolfgang Wessels, Dr. Mathias Joop und Prof. Dr. Werner Weidenfeld (v.l.) präsentieren. Das prämierte Buch ist ein Projekt des Instituts für Europäische Politik Berlin in Kooperation mit dem Jean Monet Lehrstuhl für politische Wissenschaft der Universität Köln sowie des C•A•P (Bericht s. Seite 14).



Hochkarätige Gäste, spannende Gesprächsthemen am C•A•P: Dr. Falk Bomsdorf, Leiter der Friedrich-Naumann-Stiftung in Moskau, referierte über die russische Politik (Bild oben links). Der Merkel-Biograph Prof. Gerd Langguth sprach über den Führungsstil der deutschen Bundeskanzlerin (Bild oben). William M. Drozdiak, Präsident des American Council on Germany, diskutierte über transatlantische Herausforderungen (Mitte Bild links, im Gespräch mit den C•A•P-Mitarbeitern Kristina Notz und Thomas Bauer).

C•A•P online

Seit Ende 2006 dokumentiert die C•A•P-Online-Redaktion in dem Webdossier www.europa2007.de alle wichtigen publizistischen und wissenschaftlichen Artikel zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft. Fast 10 000 virtuelle Besucher haben diesen Service bereits genutzt.

Wie geht es weiter mit der EU-Verfassung? Die Internetseite www.eu-ratifikation.de bietet einen informativen Überblick über den Stand des Ratifikationsprozesses sowie interessante Links rund um das Thema.

Die erste Phase des Gedenkstättenprojektes „Aus der Geschichte lernen“ der Akademie Führung und Kompetenz ist unter www.cap-lmu.de/download/2007/gedenkstaetten.pdf dokumentiert.



Dr. Reinhard C. Meier-Walser (l.), Leiter der Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hans-Seidel-Stiftung, stellte in der Diskussion um Energiesicherheit das Konzept einer transatlantischen Energieversorgungspartnerschaft vor.



Über Proliferation, Terrorismus und Klimawandel diskutierte Donald Shemanski, Botschaftsrat für globale Angelegenheiten der US-Botschaft in Berlin, bei seinem Besuch am C•A•P.



Der ehemalige Leiter des Planungsstabes im Bundesverteidigungsministerium, Franz Borkenhagen (Foto links mit C•A•P-Mitarbeiter Franco Algieri) sprach über Möglichkeiten und Grenzen deutscher Verteidigungspolitik.



Als früherer Europa-Korrespondent der ZEIT konnte Joachim Fritz-Vannahme, Leiter der Europa-Projekte der Bertelsmann Stiftung, zum Thema europäische Öffentlichkeit Einblicke aus erster Hand geben.



Prof. Manfred Güllner, Geschäftsführer der forsa Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen, präsentierte bei seinem Besuch am C•A•P ein äußerst konsistentes Stimmungsbild der Deutschen zur Arbeit der Großen Koalition. Dabei betonte er die Diskrepanz zwischen der ökonomischen Entwicklung und deren Wahrnehmung durch die Bürger.

C•A•P intern

Prof. Dr. Werner Weidenfeld fungierte als Kommentator für eine neue Lehr-DVD über europapolitische Entwicklungen.



C•A•P-Fellow Prof. Dr. Dr. Karl-Rudolf Korte wurde von der Zeitschrift Unicum Beruf zum Professor des Jahres in der Kategorie Sozialwissenschaften ausgezeichnet. Eva Feldmann-Wojtachnia, Mitarbeiterin der Forschungsgruppe Jugend und Europa, wurde von der Europäischen Kommission als Expertin für Jugendfragen in das Team Europe 2007 aufgenommen. Sarah Seeger verstärkt seit 1. April die Bertelsmann Forschungsgruppe Politik.

Deutsche Ratspräsidentschaft

von Dr. Bettina Thalmaier

Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft nähert sich ihrem Ende. Auf der Agenda standen bislang die Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung, eine bessere Rechtsetzung und vor allem der Klimaschutz. Bundeskanzlerin Angela Merkel ist es dabei gelungen, die Energiepolitik der EU entscheidend voranzubringen. Der Erfolg kann helfen, auch den Verfassungsprozess wieder zu aktivieren. Doch die Zeit wird knapp.

Beim Frühjahrsgipfel Anfang März 2007 einigten sich die Staats- und Regierungschefs trotz kontroverser Diskussionen auf einen energiepolitischen Aktionsplan für die Jahre 2007 bis 2009 mit einer Reihe verbindlicher Vorgaben. Diese vertrauensvolle Zusammenarbeit kann einen Ausweg aus der „Verfassungskrise“ ebnen. Deshalb sollte auf dem zweiten EU-Gipfel unter deutscher Ratspräsidentschaft am 21./22. Juni 2007 auch die dringend notwendige institutionelle Reform der EU angegangen werden. Dann nämlich will die Bundesregierung einen Fahrplan für das weitere Verfahren vorgeben, was freilich ohne Konturen einer Lösung nicht möglich

sein wird.

Bundeskanzlerin Merkel bemüht sich bereits seit Anfang des Jahres, zwischen den Mitgliedstaaten zu sondieren. Klar ist mittlerweile nur, dass mit einer Ratifikation des Verfassungsvertrages in seiner ursprünglichen Form in allen Mitgliedstaaten nicht mehr zu rechnen ist. Wie eine Alternativlösung aussehen könnte, ist derzeit aber noch nicht erkennbar. Die Positionen der Mitgliedstaaten liegen sehr weit auseinander. Erforderlich ist ein Kompromiss zwischen unterschiedlichen Gruppen von Ländern: Mitgliedstaaten, die den Verfassungsvertrag bereits ratifiziert haben und zumindest seine Substanz retten wollen. Deren Vorstellungen

stoßen auf die Interessen der Länder (vor allem Großbritannien, Polen, Tschechien), in denen die noch zu erfolgende Ratifikation

höchstwahrscheinlich nicht erfolgreich sein wird und die daher weitreichende Modifikationen oder Streichungen am Vertragstext verlangen. Drittens müssen Länder wie Frankreich und die Niederlande, deren Bürger mehrheitlich gegen den Vertrag gestimmt haben, Berücksichtigung finden. Das zähe Ringen um die Berliner Erklärung anlässlich des 50. Jahrestages der Unterzeichnung der Römischen Verträge dämpft jedoch die Hoffnungen auf eine akzeptable Lösung. Dies lässt trotz der verlauteten Einigkeit eine tiefe Spaltung der Mitgliedstaaten erkennen, was die Weiterführung des Integrationsprozesses betrifft. Immerhin gelang es der deutschen Präsidentschaft, in die Erklärung die Verpflichtung aufzunehmen, die Union bis zu den Europawahlen 2009 auf eine neue vertragliche Grundlage zu stellen.

Angesichts langer Ratifikationslaufzeiten in den einzelnen Mitgliedstaaten müsste der neue Vertrag bis spätestens Ende 2007 oder Anfang 2008 vorliegen, um bis zu den Wahlen in Kraft treten zu können. Es bleibt zu hoffen, dass die derzeit günstige Stimmungslage unter den EU-Staats- und Regierungschefs dieses ehrgeizige Vorhaben beflügelt. Schließlich muss sich die deutsche Ratspräsidentschaft daran messen lassen, ob es gelungen ist, neben einem reinen Fahrplan auch einen inhaltlichen Kompromiss in der Frage der Reform des europäischen Primärrechts zu schnüren.



Wohin führt der Weg für die europäische Verfassung? Hans-Gert Pöttering (Präsident des Europäischen Parlaments), EU-Ratspräsidentin Angela Merkel und EU-Kommissionspräsident Jose' Manuel Barroso bei den Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge.

Foto: Rat der Europäischen Union

„Bei der Frage nach der Weiterführung des Integrationsprozesses ist eine tiefe Spaltung zu erkennen.“



Die Autorin ist Mitarbeiterin der Bertelsmann Forschungsgruppe Politik am C·A·P.

bettina.thalmaier@rz.uni-muenchen.de

Der Aufstieg von China und Indien

Die langsame aber stete Annäherung zwischen China und Indien weist darauf hin, dass sich zwischen den beiden Staaten eine durch Kooperation in wichtigen Bereichen geprägte Beziehung entwickelt. Ihr rasantes wirtschaftliches Wachstum lässt die beiden asiatischen Länder nicht nur immer stärker ins Zentrum des weltpolitischen Interesses rücken, sondern macht gleichzeitig die Notwendigkeit einer transatlantischen Antwort darauf erforderlich.

Im Fokus des 15. Transatlantic Roundtable des Programms „Improving Responsiveness“ stand daher die Frage, welche Rolle China und Indien zukünftig im politischen und wirtschaftlichen internationalen System spielen werden und wie die transatlantischen Partner mit dem Aufstieg der beiden umgehen sollten. In Zusammenarbeit mit dem US-Generalkonsulat in München lud das C•A•P zu dieser vom German Marshall Fund of the United States geförderten Expertentagung ein. Aufgrund des großen Erfolges und der positiven Resonanz der Vorgängerkonferenz kamen damit bereits zum zweiten Mal europäische und amerikanische Experten und fundierte Kenner der Region zusammen, darunter auch mehrere ehemalige US-Botschafter wie z.B. Teresita Schaffer, um über die wichtigsten Aspekte der „Chindia-Connection“ aus transatlantischer Sicht zu diskutieren.

Weitere Informationen zum Projekt „Improving Responsiveness“ unter www.cap-lmu.de/transatlantic/index.php.



Europäische und amerikanische Experten sowie Kenner der Region diskutierten am C•A•P die künftige Rolle der aufsteigenden Mächte China und Indien.

Europa und der Nahe Osten

Die zentralen Herausforderungen für die Länder des Nahen und Mittleren Ostens – etwa der israelisch-palästinensische Konflikt, die Zukunft des Libanon, die Lage im Irak oder das iranische Atomprogramm – sind auch für die Europäische Union von großer Bedeutung. Eine nachhaltige Stabilisierung des Nahen Ostens liegt in ihrem besonderen Interesse. Ziel des gemeinsam mit der Bertelsmann Stiftung durchgeführten Projektes „Europa und der Nahe Osten“ ist es daher, einen neuen partnerschaftlichen Ansatz für die Beziehung zwischen der EU und den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens zu entwickeln. Basierend auf den Erfahrungen der renommierten „Kronberger Nahost-Gespräche“, die seit 1995 in regelmäßigem Turnus einberufen werden, besteht das zentrale Anliegen des Projekts in der Einbindung von Entscheidungsträgern aus Europa, den USA und der Region des Nahen Ostens in einen vertrauensvollen, offenen und kontroversen Dialog. Projektmitarbeiter und Experten diskutieren in verschiedenen Workshop-Formaten ihre Standpunkte und entwickeln Strategien zu aktuellen Fragen.

Diese werden in einem Strategiepapier des C•A•P gebündelt und im Rahmen der „Kronberger Gespräche“ von Entscheidungsträgern und Schlüsselakteuren aus Politik, Diplomatie, Wirtschaft, Wissenschaft und Journalismus erörtert. Dank ihrer Teilnehmer, ihrer Kontinuität und vertrauensvollen Atmosphäre bilden die „Kronberger Nahost-Gespräche“ ein einzigartiges Forum des politischen Dialogs, das gerade in Krisenzeiten für die gemäßigten Kräfte der Region besonders wichtig ist.



Almut Möller vom C•A•P und Christian-Peter Hanelt von der Bertelsmann Stiftung führen das traditionsreiche Nahost-Projekt in die nächste Runde.

Deutschlanddialog

Mit der zweiten Großen Koalition in der Geschichte der Bundesrepublik stellt sich die Frage nach langfristigen Konsequenzen des Machtwechsels. Um diese zu diskutieren, luden das Centrum für angewandte Politikforschung (C·A·P) und die Konrad-Adenauer-Stiftung



Der Deutschland-Dialog am C·A·P widmete sich intensiv allen Fragen rund um die Große Koalition.

Experten aus Wissenschaft, Politik und Verwaltung, Wirtschaft und Medien zum Deutschland-Dialog nach München ein. In vier Panels wurden Trends der Bundespolitik präsentiert. Darüber hinaus bot das Programm Raum für einen konzeptionellen Meinungs-austausch abseits der Tagespolitik.

Als Referenten und Statementgeber agierten Prof. Dr. Manuel Fröhlich (Friedrich-Schiller-Universität Jena), Hartmut Kistenfeger (FOCUS Magazin, München), Prof. Dr. Dr. Karl-Rudolf Korte (Universität Duisburg-Essen), Prof. Dr. Günther Burkert-Dottolo (Politische Akademie Wien), Dr. Ulrich Eith (Universität Freiburg), Dr. Viola Neu (Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin), Dr. Manuela Glaab (C·A·P), Dr. Mark Speich (CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Berlin), Vito Cecere (Bundesministerium für

Arbeit und Soziales, Berlin), und Axel Wallrabenstein (Publicis Consultants Deutschland, Berlin). Ihre Impulsreferate und Statements wie auch die Diskussionen des Deutschland-Dialogs zeigten auf, dass Darstellungspolitik auch in der Mediendemokratie nicht zu Lasten von Inhalten gehen darf. Der distanzierte Bürger verlangt in unsicheren Zeiten nach politischer Orientierung, welche ihm die Politik jedoch zunehmend vorenthält. Um diese Kluft überbrücken zu können, bedarf es zuallererst einer Selbstverständigung der (Volks-)Parteien selbst.

Türkei-Beitritt aus anderer Perspektive

Die Frage eines EU-Beitritts der Türkei spaltet die Gemüter. In der Debatte wird jedoch selten ein Blick über den eigenen nationalen Tellerrand hinaus riskiert. Eben dies war Anliegen der Konferenz „La Turquie et l'Europe: Le débat public en France, Allemagne, et Turquie“, die das „Institut français des relations internationales“ (ifri) gemeinsam mit der Friedrich-Ebert-Stiftung und TÜSIAD in Paris veranstaltete. Simone Weske vom C·A·P war eingeladen, die deutsche, französische und türkische Debatte zum Türkeibeitritt vergleichend zu diskutieren.

Simone Weske wies zunächst auf die Unterschiede zwischen den europäischen und den türkischen Begründungsmustern hin. Die europäischen Beitrittsbefürworter verwenden in erster Linie geostrategische Argumente, um ihre Position zu begründen. Wirtschaftlich wird der Türkeibeitritt in Europa eher als Belastung wahrgenommen. Dennoch bedient sich die Türkei, wie Weske zeigen konnte, ganz offensiv ökonomischer Argumente, um für ihren Beitritt zu werben: Das Land präsentiert sich selbstbewusst als wichtiger Absatzmarkt für europäische Produkte und zugleich als boomender Wirtschaftsstandort, der Arbeitsplätze bereitstellt. Aber auch die „europäische“ Sichtweise sei laut Weske alles andere als homogen. Anhand eines deutsch-französischen Vergleiches legte sie dar, wie sich die jeweiligen Einwanderungsstrukturen und auch die unterschiedlichen Visionen zur Finalität der europäischen Integration in den nationalen Debatten zum Türkeibeitritt widerspiegeln.



Hoch emotional wird in ganz Europa ein möglicher Beitritt der Türkei zur EU diskutiert.

Foto: Europäische Kommission

Deutsch-Spanisches Forum

Mehr als 100 spanische und deutsche Führungskräfte wie Alt-Bundeskanzler Gerhard Schröder, EU-Kommissar Joaquín Almunia, Arbeits- und Sozialminister Jesús Caldera Sánchez-Capitán, der deutsche Innenminister Wolfgang Schäuble und Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann diskutierten beim 4. Deutsch-Spanischen Forum in Berlin die Perspektiven und Grenzen des europäischen Integrationsprozesses. Die Diskussionen unter der Leitung von Gerd Schulte-Hillen und Bernardo Cremades rund um die Integration von Zuwanderern, die Erweiterungspolitik der EU, den Lissabon-Prozess oder eine europäische Energiepolitik basierten auf drei Strategiepapieren, die am Centrum für angewandte Politikforschung (C·A·P) erarbeitet wurden. Darüber hinaus nahmen C·A·P-Direktor Prof. Dr. Werner Weidenfeld und der stellvertretende Direktor des C·A·P, Josef Janning, an der Konferenz teil. Zum Abschluss des Forums sprachen die Staatsoberhäupter beider Länder die Bedeutung Deutschlands und Spaniens in Europa an. König Juan Carlos I. machte deutlich, dass Europa seine Kräfte bündeln müsse, um die drängenden globalen Herausforderungen wie den Kampf gegen den Terrorismus, die illegale Immigration oder den Klimawandel bewältigen zu können. Bundespräsident Horst Köhler betonte, dass die EU nur auf der Grundlage von umfassenden institutionellen Reformen ihre selbst gesteckten Ziele erreichen könne.

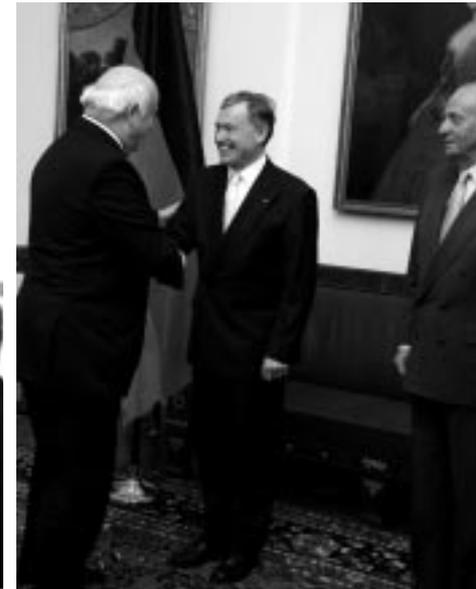
Mehr Informationen unter www.cap-lmu.de/aktuell/events/2007/dsf.php.

Europäische Asienpolitik

Die Beziehungen zwischen der Europäischen Union (EU) und der Association of South East Asian States (ASEAN) waren Thema zweier Veranstaltungen, die von der Konrad-Adenauer-Stiftung und dem Centrum für angewandte Politikforschung gemeinsam organisiert wurden. Wenngleich EU und ASEAN auf eine dreißigjährige Geschichte formaler bilateraler Beziehungen zurückblicken können, ist die interregionale Zusammenarbeit inhaltlich noch ausbaufähig. Die europäische Asienpolitik etwa fokussiert weitgehend auf die wirtschaftlichen und politischen Schwergewichte China, Indien und Japan, während die ASEAN und ihre Mitgliedsstaaten nur eine marginale Rolle spielen. Die südostasiatische Regionalorganisation ist indes mit ihrer internen Konsolidierung befasst und kann daher international kaum Akzente setzen.

Insbesondere bei der Bearbeitung sicherheitspolitischer Fragen spielt die EU in Südostasien kaum eine Rolle – die entscheidenden Akteure dort sind nach wie vor die USA und China. Ein stärkeres Engagement seitens der EU würde jedoch, das wurde im Verlauf der Tagungen wiederholt von Teilnehmern aus Südostasien gesagt, durchaus begrüßt. Vor allem die Kompetenzen der EU zur friedlichen Konfliktbearbeitung bieten ein viel versprechendes Instrumentarium zur Beilegung der zahlreichen zwischen- und innerstaatlichen Konflikte.

Ansatzpunkte für eine politische Ausgestaltung der bilateralen Beziehungen bestehen also, es bleibt jedoch abzuwarten, inwieweit diese genutzt werden.



Deutsch-spanischer Austausch: Werner Weidenfeld und Josef Janning im Gespräch mit dem spanischen Europaabgeordneten Inigo Méndez de Vigo (Mitte, Bild links).

Bild rechts: Werner Weidenfeld mit dem deutschen Bundespräsidenten Horst Köhler und Spaniens König Juan Carlos.



Wie kann eine engere Zusammenarbeit zwischen europäischen und asiatischen Staaten aussehen? Diese Frage wurde am C·A·P ausführlich diskutiert.

Aktiv in der Bildungsarbeit

Die Forschungsgruppe Jugend und Europa sowie die Akademie Führung und Kompetenz am C·A·P intensivieren ihr Engagement in Sachen Bildungsarbeit. So wird die bewährte Zusammenarbeit der Forschungsgruppe Jugend und Europa mit dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend auch in den nächsten drei Jahren fortgesetzt. Besondere Schwerpunkte werden hierbei Peer-Learning-Aktivitäten sowie die Förderung des strukturierten Dialogs im Kontext von Aktionsreihen und Jugendparlamenten sein. Darüber hinaus werden sich Projekte mit dem weiteren EU-Schwerpunktthema, „Wissen über Europa“ und Jugendforschung beschäftigen.



Bei der Fortbildung des „A World of Difference Institute“ der Anti-Defamation League und der Akademie Führung und Kompetenz konnten Ausbilder neue Methoden und Techniken kennenlernen.

Zur Entwicklung eines Bildungskonzeptes für das künftige NS-Dokumentationszentrum in München hat die Akademie Führung und Kompetenz eine Testseminarreihe in Kooperation mit dem Kulturreferat München und dem NS-Dokumentationszentrum Nürnberg durchgeführt. In Kooperation mit dem „A World of Difference Institute“

der Anti-Defamation-League lud die Akademie zu einer Fortbildung für Ausbilder und erfahrene Trainer ein. 16 Mitarbeiter katholischer Jugendmigrationsdienste nahmen im Mai in Berlin an einer Fortbildung der Akademie zum Thema „Sprache - Macht - Demokratie“ teil. Dabei ging es um den bewussten Umgang mit Sprache im Hinblick auf gerechte Beteiligungschancen in der deutschen Einwanderungsgesellschaft. Weiter bietet die Akademie derzeit als Partner der Volkshochschule und der Stadt Freising eine Schulungsreihe für Nachwuchs-Führungskräfte an.

Strategien gegen Rechtsextremismus

Europäische Herausforderungen verlangen europäische Antworten. Die Verbreitung rechtsextremer und fremdenfeindlicher Einstellungen und die Herausbildung rechtsextremer Parteien und Bewegungen sind eine europäische Herausforderung. Die Länder Europas können deshalb im Umgang mit Rechtsextremismus voneinander lernen. Gerade Deutschland hat hier Nachholbedarf, denn die Diskussion hat erfolgreiche Strategien und Erfahrungen anderer Länder bisher kaum zur Kenntnis genommen. Schließlich gewinnen mit dem Zusammenwachsen Europas Strategien auf europäischer Ebene gegenüber allein nationalen Politiken an Bedeutung. Rechtsextremismus ist ein Problem der gesamten Gesellschaft und ist deshalb eine Herausforderung an das gesamte politische Gemeinwesen. Das Projekt „Strategien gegen Rechtsextremismus in Europa“ – ein Kooperationsprojekt mit der Bertelsmann Stiftung – zielt darauf ab, Hebel politischer Steuerungsfähigkeit auf unterschiedlichen Ebenen zu identifizieren: in Politik, Bildung, Strafrecht, Medien und Zivilgesellschaft.

Gemeinsam mit Experten wird ein Leitfaden entwickelt, um systematisch die Struktur des Rechtsextremismus und Abwehrstrategien der demokratischen Institutionen in unterschiedlichen Ländern zu erschließen. Der Leitfaden legt die Basis für die Analyse der ausgewählten Länder. Ländergutachten stellen das Fundament für die zu identifizierenden Strategien gegen Rechtsextremismus dar. Es werden ca. 10 Länder mit unterschiedlichen demokratischen Kulturen sowie Zuwanderungs- und Integrationspolitiken gezielt ausgewählt, die einen europäischen Überblick und einen Vergleich erfolgreicher Strategien ermöglichen. Dieser ist die Grundlage für die Entwicklung der Empfehlungen für die Politik auf regionaler, nationaler und EU-Ebene.

Jugendparlament

Im Auftrag der EU-Kommission und des Bayerischen Landtags führte die Forschungsgruppe Jugend und Europa 2007 ein Jugendparlament zur EU-Erweiterung unter der Schirmherrschaft des Präsidenten des Bayerischen Landtags, Alois Glück, durch. Drei Tage lang diskutierten die Jugendlichen in fünf thematischen Ausschüssen Fragen der Identität, der institutionellen Ordnung, der Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik sowie der Sicherheits- und Außenpolitik vor dem Hintergrund der EU-Erweiterung. Die Ergebnisse der Ausschussarbeit wurden anschließend im Plenum zusammen debattiert und in einer gemeinsamen Resolution verabschiedet.

Die Jugendlichen hatten dabei auch die Gelegenheit, ihre Sichtweisen und Forderungen mit Politikern des Landtages zu diskutieren. Prof. Ursula Männle (CSU), stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Bundes- und Europapolitik, Reinhold Bocklet (CSU), ehemaliger Staatsminister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Christine Kamm (Bündnis 90/Die Grünen), Mitglied des Ausschusses für kommunale Fragen und innere Sicherheit, Dr. Linus Förster (SPD), jugendpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, sowie Bernd Sibler (CSU), jugendpolitischer Sprecher der CSU-Landtagsfraktion, standen den Jugendlichen für ihre Fragen zur Verfügung. Die Resolution wurde anschließend an Politiker auf Landes-, Bundes- und Europaebene weitergeleitet und soll damit den strukturierten Dialog der Politik mit der Jugend stärken.

Weitere Informationen im Internet: www.muenchen07.juparl.de.



Echte Plenarsaalluft schnupperten die zahlreichen Teilnehmer des Jugendparlaments Europa. In kleinen Ausschüssen (Foto rechts unten) formulierten sie Positionen, die anschließend im Plenum debattiert wurden.

Jugend und Politik im Dialog

Um Jugendliche nachhaltiger für politische Entscheidungsprozesse auf Landesebene interessieren zu können, hatte der Bayerische Landtag die Forschungsgruppe Jugend und Europa (FGJE) beauftragt, ein entsprechendes didaktisches Angebot zu entwickeln. Entstanden ist daraus das Planspiel „Der Landtag sind wir! Parlamentarische Demokratie spielerisch erfahren“. Mit Hilfe von drei verschiedenen Rollenspiel-Szenarien (Wahlalter ab 16 Jahren auf Kommunal- und Landesebene, Einführung der Ganztagschule, Videoüberwachung auf öffentlichen Plätzen) können Jugendliche einmal selbst als Parlamentarier agieren und dabei die Alltagsrelevanz von Landespolitik lebendig erfahren. Zusätzlich sorgt eine flexible Spielstruktur (z.B. variabler Einsatz verschiedener Ausschüsse) für die optimale Anpassung des Planspiels an verschiedene Klassenstufen und Schultypen. Nach einer äußerst positiv verlaufenen Testphase im Rahmen des pädagogischen Programms des Besucherdienstes im Landtag wurde die Kooperation zwischen FGJE und Landtag nun bayernweit etabliert. Zum Auftakt und in Anwesenheit von Landtagspräsident Alois Glück, den jugendpolitischen Sprechern der Fraktionen sowie von zahlreichen Medien- und Pressevertretern demonstrierten 80 Schüler der Fachoberschule Freising den Ablauf des Planspiels in den Räumlichkeiten des Bayerischen Landtags.



Dr. Stefan Rappenglück (re.), Leiter der Forschungsgruppe Jugend und Europa des C·A·P, wies bei der Pressekonferenz mit Landtagspräsident Alois Glück auf die Chancen hin, mit Planspielen die Jugend zur Kommunikation mit der Politik zu bewegen.

Analyse Südosteuropas

Wohl kaum eine andere europäische Großregion hat seit der Wende von 1989/90 derart oft die Aufmerksamkeit auf sich gezogen wie Südosteuropa. Nicht nur die kriegerischen Auseinandersetzungen auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien, sondern auch die Integration von Slowenien, Ungarn und zuletzt auch Rumänien und Bulgarien in die EU belebten das Interesse politischer Analysten am südöstlichen Teil Europas. Die vergangenen Konflikte und die nur allzu leichtfertige Verbindung von Korruption, Staatsversagen, Nationalismus oder Klientelismus mit den politischen Institutionen einzelner südosteuropäischer Staaten trugen mit dazu bei, althergebrachte „balkanische“ Stereotypen aufleben zu lassen. Letzteres, die politische Institutionenbildung in Südosteuropa, ist Untersuchungsgegenstand des von der Volkswagen Stiftung geförderten und in der Forschungsgruppe Europa angesiedelten Projekts „Captive States, Divided Societies“, das im April 2007 zu einem Kolloquium nach München einlud.



Die Länder Südosteuropas hat das Projekt Captive States im Visier. Dank intensiver Forschung können einige Vorurteile über die Balkan-Region relativiert werden.

Vierzehn Projektmitarbeiter u.a. aus den USA, Rumänien und Griechenland beleuchteten einzelne Aspekte der politischen Institutionenbildung in Südosteuropa während der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts sowie in der postkommunistischen Transformationsphase. Hierbei kam ein vergleichender und transnationaler Ansatz zum Tragen: Die Autoren verglichen jeweils mindestens drei südosteuropäische Länder miteinander, um die interregionalen Transformationsprozesse, deren Spezifika und Strukturen herauszuarbeiten. Bei einer derart fundierten historischen und politikwissenschaftlichen Betrachtung relativieren sich manche Pauschalurteile über die Region und ihr Reformversagen.

Südosteuropa stellt in Bezug auf die Ausbildung politischer Institutionen in Mittel- und Westeuropa keine Ausnahme dar, sondern weist vielmehr gravierende Ähnlichkeiten auf. Dies untermauerten die einzelnen Untersuchungsergebnisse, die die Entwicklung südosteuropäischer Armeen, das Verwaltungswesen, das Staatsangehörigkeitsrecht, die Medienlandschaft, den Parlamentarismus, die Ausbildung politischer Bewegungen oder die Interdependenz von Staat und Gewalt nachzeichneten und vorhandene Strukturzwänge innerhalb des Ausbauprozesses politischer Institutionen belegten.

Die Berücksichtigung der Nations- und Staatsbildung in Südosteuropa und die Analyse der Brüche und unterschwelligeren Kontinuitäten in den letzten Jahrzehnten lohnten sich.

Die Kolloquiumsteilnehmer deckten in Bezug auf die politische Institutionenbildung wesentliche strukturelle Rahmenbedingungen auf, die bis in die Gegenwart hineinwirken. Besonders prägend sind hierbei die Nations- und Staatsbildungs in Südosteuropa und die in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts erfolgten Brüche und unterschwelligeren Kontinuitäten.

Weitere Informationen unter www.cap-lmu.de/projekte/fge/captivestates/index.php.

eHealth und Telemedizin

Im März 2007 lud die Forschungsgruppe Zukunftsfragen zum 2. Internationalen C·A·P Telemedizin Forum nach München ein. Wie der Direktor des C·A·P, Prof. Dr. Werner Weidenfeld, hervorhob, werde damit die Tradition des konstruktiven Dialogs in der Faber Villa fortgeführt. Auf der Tagesordnung standen Fragen zur integrierten Versorgung im Gesundheitswesen, wobei dem internationalen Vergleich sowie der Bedeutung der Gesundheitstelematik als Standortfaktor das besondere Augenmerk galten. Staatssekretär Jürgen Heike vom bayerischen Sozialministerium konnte gleich auf mehrere erfolgreiche Projekte hinweisen, die vom Freistaat mit initiiert wurden. Wie die Vorträge von Prof. Hans W. Höpp, Leiter des Kölner Infarktmodells, oder Cordula Gierg, Taunus BKK, zeigten, ist die Telemedizin aber auch in anderen Bundesländern auf dem Vormarsch. Der internationale Vergleich legte aber dennoch offen, dass Deutschland und die anderen großen Industrienationen nicht zu den Vorreitern im Bereich eHealth zählen. Wie Brigitte Mohn von der Bertelsmann Stiftung und der Regensburger Unfallchirurg Prof. Michael Nerlich deutlich machten, seien es vielmehr die kleineren Staaten, die sich hier positiv absetzen. Dabei könnten gerade große Flächenstaaten, mit einer geringen Versorgungsdichte in ländlichen Gebieten, von der Gesundheitstelematik profitieren. Dort, wo eine fachärztliche Betreuung auf konventionelle Weise nicht möglich ist, kann die Telemedizin diese Lücke füllen.

Für Martin Denz, den Vorsitzenden der Schweizer Gesellschaft für Telemedizin und eHealth, ergibt sich aus der höheren Informationsdichte sowie dem gestiegenen Koordinierungsbedarf geradezu eine Notwendigkeit telematischer Dienstleistungen im Gesundheitswesen. Wie Jürgen Turek, Geschäftsführer des C·A·P und Leiter der Forschungsgruppe Zukunftsfragen, hob auch Yariv Alroy, Geschäftsführer der israelischen SHL Telemedicine, die soziale Komponente telemedizinischer Dienstleistungen hervor. Im Vordergrund stünde dabei der Patientenwunsch nach mehr Mitsprachemöglichkeiten und der hohen Bereitschaft einer umfangreicheren Eigeninitiative. Angesichts leerer Kassen im Gesundheitswesen und der stetigen Zunahme chronischer Erkrankungen bietet die Telemedizin laut dem medizinischen Direktor des telemedizinischen Dienstleisters PHTS in Düsseldorf, Prof. Harald Korb, ein enormes Potenzial, um die Effizienz der Versorgung zu verbessern. Da sich diese Form der medizinischen Betreuung zudem ohne größere Beeinträchtigungen in den Patientenalltag integrieren lässt, muss im Sinne eines zukunftsfähigen Gesundheitssystems verstärkt an einer Ausweitung der komplementären Versorgung aus konventioneller und telemedizinischer Behandlung gearbeitet werden.

Gerade die unzureichende Flächendeckung der Gesundheitstelematik stelle heute noch ein gravierendes Problem dar, so Josef Janning, stellvertretender Direktor des C·A·P. Trotz sehr erfolgreicher Pilotprojekte fehlt es gegenwärtig an einer bundesweiten Umsetzung. Klaus Theo Schröder, Staatssekretär im Bundesministerium für Gesundheit, steckte das Ziel sogar noch höher. Sollten bestehende Hemmnisse überwunden werden, sei sogar eine deutsche Systemführerschaft in Europa möglich. Grundvoraussetzung dafür ist ein umfassender Dialog aller beteiligten Akteure, um diese Hindernisse zumindest auf nationaler Ebene zu beseitigen.



Das zweite internationale Telemedizin-Forum am C·A·P bot ein spannendes Diskussionsforum für Fragen der Gesundheitspolitik.



WERNER WEIDENFELD/WOLFGANG
WESSELS:

Europa von A bis Z.

Baden-Baden 2007, ISBN 978-3-8329-1378-6, 512 Seiten,
19,90 Euro

Europa von A bis Z

Das prägnante, übersichtliche Standardwerk über Europa von Prof. Dr. Wolfgang Wessels und Prof. Dr. Werner Weidenfeld geht bereits in die 10. Auflage. Das prämierte „Europa von A bis Z“ wendet sich an alle, die gezielt schnelle, umfassende und präzise Informationen über die europäische Einigung suchen. Auf mehr als 500 Seiten und in mehr als 70 Sachbeiträgen informiert „Europa von A bis Z“ über Konzepte und Wege des Einigungsprozesses, Organe und Einrichtungen der EU, Rechtsgrundlagen und Verfahren, Innen- und Außenpolitik sowie über aktuelle und kommende Herausforderungen. Ein Europa-ABC, Europa in Zahlen, Europa im Internet sowie eine Chronologie ergänzen den Band. Durch diese Kombination aus schnell abrufbarem Grundwissen, vertiefenden Analysen und aktuellen Fakten ist „Europa von A bis Z“ ein unentbehrliches Lehr- und Nachschlagewerk für alle Europa-Interessierten.



ANDREA RIESCH:

Migration von Marokko in die EU.

Baden-Baden 2007, ISBN 978-3-8329-2509-3, 113 Seiten, 19 Euro

Migration von Marokko in die EU

Wanderungsbewegungen von Menschen sind ein weltweites Phänomen. Neben klassischen Zuwanderungsländern wie den USA hat sich mittlerweile auch Europa zu einem wichtigen Zuwanderungskontinent entwickelt. Marokko stellt von allen nordafrikanischen Ländern sowie der Region südlich der Sahara die größte Einwanderungsgruppe in die EU. Anhand soziologischer Migrationstheorien arbeitet Andrea Riesch im 15. Band der von Werner Weidenfeld herausgegebenen Reihe „Münchener Beiträge zur europäischen Einigung“ heraus, warum Menschen von Marokko in die EU migrieren. Seit dem Europäischen Rat von Tampere 1999 hat die EU einen Ansatz entwickelt, mit dem sie versucht, präventiv auf Migrationsursachen einzuwirken. Dieser integrierte Migrationsansatz wird von der Autorin anhand ihres Länderbeispiels untersucht. Der Band beleuchtet die europäische Zuwanderungsproblematik und liefert der aktuellen Debatte um die europäische Migrationspolitik sowie um die Integrationspolitik der europäischen Staaten einen bereichernden Beitrag.



GREGOR WASCHINSKI:

Gott in der Verfassung?

Baden-Baden 2007, ISBN 978-3-8329-2637-3, 118 Seiten,
19 Euro

Gott in die Verfassung?

Wieviel Religion verträgt die EU? Die Auseinandersetzung um einen möglichen Gottesbezug in der Präambel der EU-Verfassung hat jedenfalls gezeigt, wie schwer sich die Gemeinschaft mit der Beantwortung der Gretchenfrage tut. Religionspolitische Aspekte gehörten zu den umstrittensten Punkten sowohl in der Konventsphase als auch in den anschließenden Regierungsverhandlungen. Auch seit die europäischen Staats- und Regierungschefs eine „Zeit des Nachdenkens“ für den Verfassungsvertrag ausgerufen haben, sind immer wieder neue Forderungen nach religiösen Bezügen laut geworden. Gregor Waschinski liefert im 16. Band der von Werner Weidenfeld herausgegebenen Reihe „Münchener Beiträge zur europäischen Einigung“ eine Analyse des bislang kaum beachteten Verhältnisses von Religion und Politik in der EU. Er beschreibt die religionspolitische Vielfalt in der Gemeinschaft und zeigt anhand des „Präambel-Streits“ die Konfliktlinien auf, die sich aus den unterschiedlichen religionspolitischen Traditionen in den Mitgliedstaaten ergeben. Auch wenn Europa gemeinhin als weitgehend säkularisierter Kontinent gilt und die EU keine explizite religionspolitische Kompetenz besitzt, die Frage der grundlegenden Positionierung des Einigungsprojektes hinsichtlich des religiösen Phänomens ist von großer politischer Brisanz.

Europa leicht gemacht

Die Europäische Union ist ein spannendes Projekt, einzigartig in der Welt. Sie ist Garant für Frieden, Freiheit und Wohlstand. Die junge Generation hat es in der Hand, die Zukunft Europas zu gestalten. Die EU bietet immens viele Möglichkeiten, gerade für Jugendliche. In „Europa leicht gemacht“ veranschaulicht Werner Weidenfeld, wie die EU die Interessen und Bedürfnisse der Jugend aufnimmt, wie und wo man sich informieren und wie man in der EU mitreden, mitmachen und mitgestalten kann. In leicht verständlicher Weise und unterstützt durch viele Bilder und Grafiken werden in diesem Band Entstehung, Organisation und Entscheidungen der Europäischen Union erklärt. Dabei wird schnell deutlich, dass die EU nicht „eins zu eins“ vergleichbar mit dem politischen System eines Nationalstaates ist, obwohl sie heute viele Aufgaben übernimmt, für die früher allein die Mitgliedsländer verantwortlich waren. Neben der Veröffentlichung durch die Bundeszentrale für politische Bildung wird dieser informative Band auch im Hanser Verlag erscheinen.



WERNER WEIDENFELD:
Europa leicht gemacht.
Bonn 2007, Bundeszentrale für politische Bildung. Schriftenreihe Band 627, 156 Seiten

New Labour und die EU

Der scheidende britische Premier Tony Blair hat bereits 1999 die Linie Großbritanniens hinsichtlich einer europäischen Verfassung klar formuliert: Mit der EU soll kein souveräner Verfassungsstaat nachgeahmt werden, sondern man soll sich auf gemeinsame Ziele konzentrieren und die für deren Realisierung notwendigen Strukturen aufbauen. Die Verfassungsfrage ist allerdings nur ein Aspekt, den Susanne Wanninger im Band 17 der Reihe „Münchener Beiträge zur europäischen Einigung“, „New Labour und die EU – Die Europapolitik der Regierung Blair“ untersucht hat. Die Autorin analysiert weiter die Initiativen der Regierung Blair zur Reformierung der EU sowie deren Einstellung zur Osterweiterung, zum Euro und zu einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Im Mittelpunkt steht dabei die Frage, ob und inwiefern die seit 1997 amtierende New Labour-Regierung ihrem Anspruch gerecht geworden ist, Großbritannien zum führenden Mitgliedstaat in der EU zu machen und den Ruf als „awkward partner“ abzustreifen.



SUSANNE WANNINGER:
New Labour und die EU.
Baden-Baden. 2007, ISBN 978-3-8329-2472-0, 195 Seiten, 29 Euro

Europäische Identität

Auf europäischer Ebene waren die Experten lange Zeit geneigt, die politische Relevanz von Faktoren kollektiver Selbstwahrnehmung zu unterschätzen. Die Debatte um die Erwähnung des christlichen Erbes Europas im Verfassungsvertrag und die Aufnahme der Türkei in die EU zeigt jedoch, dass die Frage nach dem Verständnis der Europäer von sich selbst ein wichtiger Faktor ist. Die Notwendigkeit einer eigenen europäischen Identität ist daher Ausgangspunkt des 18. Bandes der Reihe „Münchener Beiträge zur europäischen Einigung“. Im Mittelpunkt steht die Frage, wie konkrete Strategien einer europäischen Identitätspolitik aussehen können. Welche Maßnahmen erscheinen Erfolg versprechend und mit welchen Hindernissen ist zu rechnen? Dabei spielen historische und kulturelle Anknüpfungspunkte eine entscheidende Rolle. Was aber ist das spezifisch Europäische? Das christliche Abendland oder die Aufklärung? Wie kann eine europäische Identität insbesondere im Spannungsfeld von nationalen und regionalen Identitäten etabliert werden? Diese und andere Fragen werden von Wissenschaftlern der unterschiedlichsten Disziplinen erörtert.



JULIAN NIDA-RÜMELIN/WERNER WEIDENFELD (HRSG.):
Europäische Identität: Voraussetzungen und Strategien.
Baden-Baden 2007, ISBN 978-3-8329-2727-1, 255 Seiten, 29 Euro

Europas Wirtschaft messen

von Roman Maruhn

31. Mai - 1. Juni, London: Im Rahmen des Programms „Improving Responsiveness“ findet zum siebten Mal der Editors Roundtable statt

31. Mai, Berlin: „Right-wing Extremism - a European Challenge“: Workshop für Experten in Zusammenarbeit mit der Bertelsmann Stiftung

9. Juni, Bonn: Europa-Picknick mit Beteiligung des Juniorteam Europa

15. - 17. Juni und 13. - 15. Juli, München: Ausbildung für neue Mitglieder des Juniorteam Europa. Anmeldung bei der Forschungsgruppe Jugend und Europa

21. Juni, München: Im Europäischen Patentamt spricht Daniel Cohn-Bendit als Gast der VHS München, der Vertretung der EU-Kommission München und des Centrums für angewandte Politikforschung zum Thema „Wohin steuert Europa?“

25. - 29. Juni, Schloss Krickenbeck: SommerAkademie Europa

Juli/August, München: Kurse der International Summer University

Lohnkürzungen und Mehrarbeit haben die Wettbewerbsposition der deutschen Unternehmen verbessert und seit Anfang des Jahres sorgt die Mehrwertsteuererhöhung dafür, dass die öffentlichen Haushalte ihre Unterfinanzierung überwinden. Gleichzeitig baut das solide Wirtschaftswachstum die Arbeitslosigkeit ab, sorgt für Mehreinnahmen der Sozialversicherungen und des Staats und rechtfertigt auch die Forderung nach überdurchschnittlichen Lohnerhöhungen. Politik und Wirtschaft scheinen wieder einen recht erheblichen Handlungsspielraum zurück gewonnen zu haben.

Vor zwei Jahren sah das noch ganz anders aus: Die Binnenkonjunktur stand fast still. Sparprogramme dominierten die öffentlichen Haushalte und die Wirtschaft stellte sich gegenüber der ausländischen Konkurrenz neu auf. In der Krise wurde Arbeitnehmern, Arbeitslosen und Verbrauchern kein zusätzliches Geld gegeben, sondern noch entzogen. Der „Fall Deutschland“ eignete sich auch wegen seiner Größe als hervorragendes Beispiel dafür, den Verlust von nationalem wirtschaftspolitischem Spielraum in der Europäischen Währungsunion zu demonstrieren.

Das führte zu der Frage, wie gut denn die zentralen wirtschafts- und finanzpolitischen Elemente europäischer Politik wirklich miteinander harmonieren. Jetzt liegt mit dem vom C·A·P mitentwickeltem „LiMa-

„Nachhaltige Fiskalpolitik und Wirtschaftswachstum sind keine gegenläufige Ziele.“

Benchmark“ eine umfassende Analyse vor, die aktuelle Performance und Zukunftsperspektiven der EU-Länder bei Lissabon-Strategie (Li-Lissabon) und Stabilitäts- und Wachstumspakt (Ma-Maastricht) ermittelt. Kurzum: Die Position jedes Mitgliedstaats wird in einem Koordinatensystem aus finanzieller Nachhaltigkeit und Wachstumspotenzial abgebildet.

Zentrales LiMa-Ergebnis ist die gute Nachricht, dass nachhaltige Fiskalpolitik und Wirtschaftswachstum prinzipiell keine gegenläufigen Ziele sind, sondern sich eher sogar ergänzen. Zwar haben die meisten EU-Staaten noch einen langen Weg vor sich, um auch langfristig eine mit den USA vergleichbare Wirtschaftsdynamik und haushaltspolitische Flexibilität zu erreichen. Dennoch sind die strategischen Zielsetzungen des Lissabon-Prozesses und der Maastricht-Vorgaben zumindest für die Europäische Union als Ganzes richtig.

Im nationalen Einzelfall ist das aber nur ein schwacher Trost. So stellt Italien die absolute Schlussposition sowohl in der Maastricht- als auch in der Lissabon-Dimension dar: Dunkler sehen die Zukunftsperspektiven bei keinem anderen Staat aus. Was die Nachhaltigkeit der Finanzen betrifft, findet sich Deutschland auf demselben niedrigen Niveau Roms wieder. Alle Spar- und Konsolidierungsappelle des Bundesfinanzministers werden bestätigt. Hoffnungsvoller sieht es da für das langfristige Wachstumspotenzial aus: Entgegen verbreiteter Meinungen liegt die Bundesrepublik hier im guten Mittelfeld, nahezu gleichauf mit klassischen Wachstumsspitzenreitern wie Spanien, Großbritannien und Irland.

Die politische Lehre aus LiMa lautet: Europäische Zielsetzungen erfordern nationale Disziplin zu ihrer Umsetzung und Erreichung – anders geht es nicht.



Der Autor ist Experte für europäische Wirtschaft und Finanzen am C·A·P

roman.maruhn@lrz.uni-muenchen.de

C·A·PANORAMA

erscheint zwei bis drei Mal jährlich und wird herausgegeben vom
Centrum für angewandte Politikforschung (C·A·P)
Direktor: Prof. Dr. Dr. h.c. Werner Weidenfeld
Maria-Theresia-Straße 21
81675 München
Tel.: 089/2180-1300, Fax: 089/2180-1329
E-Mail: cap.office@lrz.uni-muenchen.de
www.cap-lmu.de
V.i.S.d.P. und Chefredaktion: Jürgen Turek
Redaktion und Layout: Sebastian B. Beck
Schlussredaktion: Eva Feldmann, Olaf Hillenbrand,
Roman Maruhn, Sebastian B. Beck
Druck: Frühmorgen & Holzmann, Schwindstr. 5,
80798 München